

Medienmitteilung

Sparmassnahmen bei Bildung, Forschung und Innovation verstärken den Fachkräftemangel und schaden der Schweizer Wirtschaft

Mit dem Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt sind Kürzungen der finanziellen Mittel im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) in der Höhe von mehr als 460 Millionen Franken pro Jahr vorgesehen. Die vom Bundesrat in der Vernehmlassung vorgeschlagenen Massnahmen werden es den Hochschulen zusätzlich erschweren, die von der Schweizer Wirtschaft benötigten Fachkräfte auszubilden. Auch der geplante Investitionsrückgang bei der Forschungs- und Innovationsförderung wird sich negativ auf die Schweizer Wirtschaft auswirken: ein vom Bund eingesparter Franken bedeutet einen volkswirtschaftlichen Verlust von bis zu fünf Franken. Die Akteure des BFI-Bereichs fordern den Bundesrat auf, auf diese massiven Einsparungen zu verzichten.

Bern, den 11. Februar 2025 – Am 29. Januar 2025 hat der Bundesrat die Vernehmlassung für das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt eröffnet. Der Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) ist von den vorgeschlagenen Entlastungsmassnahmen besonders stark betroffen. Der Bundesrat schlägt Einsparungen von mehr als 460 Millionen Franken pro Jahr vor. Diese betreffen die Berufsbildung, die Weiterbildung, die Hochschulen sowie die Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung. Die vom Bundesrat vorgesehenen Sparmassnahmen laufen darauf hinaus, dass die Investitionen in den BFI-Bereich auf ein Niveau von vor über fünf Jahren zurückgesetzt werden. Dieser Investitionsrückgang wird weitreichende Folgen für die Schweizer Wirtschaft und die Gesellschaft haben.

Die Hochschulen werden den Bedarf an Fachkräften nicht decken können

Der Bund ist Träger des ETH-Bereichs und beteiligt sich an der Finanzierung der Ausbildung der Studierenden an den kantonalen Universitäten und Fachhochschulen. Der Bundesrat möchte den finanziellen Beitrag des Bundes an alle Hochschultypen reduzieren. Wird die Kürzung der Bundesmittel nicht kompensiert, können die Hochschulen den erwarteten Anstieg der Studierendenzahlen (+18 Prozent in den nächsten zehn Jahren) nicht bewältigen und den Bedarf der Wirtschaft an Fachkräften nicht decken. Wenn die fehlenden Bundesmittel, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, durch höhere Studiengebühren kompensiert werden müssten, würde sich dies auf die Chancengerechtigkeit bei der Ausbildung auswirken und in den Kantonen zu zusätzlichen Ausgaben für Stipendien führen.

Forschung und Innovation: Negative volkswirtschaftliche Auswirkungen in Milliardenhöhe

Der Bundesrat schlägt vor, die Bundesbeiträge an den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und die Agentur für Innovationsförderung Innosuisse um je 10 Prozent zu kürzen. Den SNF betrifft diese Kürzung voraussichtlich bereits ab 2026. Zwischen 2026 und 2028 müsste der SNF demnach Einsparungen von mindestens 400 Millionen Franken vornehmen. Er wird dadurch gezwungen, die Finanzierung von 700 Forschungsprojekten abzuweisen, obwohl diese alle Kriterien für

wissenschaftliche Exzellenz erfüllen. Zudem können so rund 2000 Stellen für junge Forscherinnen und Forscher nicht mehr finanziert werden. Die Auswirkungen der Einsparungen in der Forschungsförderung auf die Wirtschaft werden gemäss Studien zum Return on Investment auf mindestens 1,2 Milliarden Franken geschätzt. Demnach generiert ein in die Forschung investierter Franken einen volkswirtschaftlichen Nutzen von drei bis fünf Franken.

Bei der Innosuisse sieht der Bundesrat eine Kürzung des Bundesbeitrags um mehr als 30 Millionen Franken pro Jahr vor. Mit den geplanten Massnahmen würden verschiedene vom Parlament im Rahmen einer Revision des FIG bewilligte Anpassungen wieder rückgängig gemacht, dank denen die Innosuisse innovative Projekte und Start-ups agiler hätte unterstützen können. Gemäss aktuellen Schätzungen könnten jährlich über 60 innovative Projekte in Bereichen wie Digitalisierung sowie sozialer oder ökologischer Nachhaltigkeit, die gemeinsam von Wirtschaft und Wissenschaft getragen werden, nicht mehr finanziert werden. Mit dem wesentlichen Beitrag, welche die Innovationsförderung von Innosuisse an die Wertschöpfung der geförderten Unternehmen leistet, werden die volkswirtschaftlichen Verluste auch ein Mehrfaches über den Einsparungen liegen.

Der BFI-Bereich sorgt für eine beeindruckende Investitionsrendite

Bund und Kantone investieren seit Jahrzehnten kontinuierlich in den BFI-Bereich und räumen ihm eine strategische Priorität ein. Seit dem Jahr 2000 sorgen Bundesrat und Parlament für ein stabiles und nachhaltiges Wachstum der Finanzmittel. 25 Jahre später zeigen die Indikatoren eine eindeutig positive Investitionsrendite. Die Schweizer Hochschulen gehören zu den weltweit Besten: Beispielsweise werden die ETH Zürich, die EPFL sowie die Universitäten Bern, Basel, Lausanne und Genf im Times Higher Education Ranking zu den Top 200 der Welt gezählt. Zudem führt die Schweiz seit 2010 systematisch die Rangliste der innovativsten Länder der Welt an. Die Schweizer Hochschulen bilden mehr als doppelt so viele Studierende aus wie im Jahr 2000. Zudem hat die Schweiz ihr duales Bildungssystem, die Berufslehre, weiter ausgebaut. Sie ist für Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit nach wie vor die erste Wahl, wobei sich die Durchlässigkeit zur akademischen Ausbildung laufend verbessert.

Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation sind Investitionen in den Wohlstand der Schweiz. Gleichzeitig tragen diese zur Sicherheit in der Schweiz bei, angesichts der Herausforderungen durch Cyberrisiken, Naturgefahren, Pandemien sowie energie- und technologiebedingten Abhängigkeiten. Die Akteure des BFI-Bereichs fordern den Bundesrat auf, auf diese massiven Einsparungen zu verzichten.

Detaillierte Informationen der Organisationen

[Factsheet von swissuniversities](#)

[Factsheet des ETH-Rats](#)

[Factsheet des Schweizerischen Nationalfonds \(SNF\)](#)

[Factsheet von Innosuisse](#)

[Factsheet der Akademien der Wissenschaften Schweiz a+](#)

Kontakt

- Luciana Vaccaro, Präsidentin swissuniversities,
Tel.: +41 58 900 00 07, E-Mail: luciana.vaccaro@swissuniversities.ch
- Michael O. Hengartner, Präsident ETH-Rat,
Tel.: +41 58 856 86 01, E-Mail: michael.hengartner@ethrat.ch
- Torsten Schwede, Präsident Forschungsrat des Schweizerischen Nationalfonds (SNF),
Tel.: +41 31 308 22 22, E-Mail: torsten.schwede@snf.ch
- Dominique Gruhl-Bégin, Direktorin Innosuisse,
Tel.: +41 31 463 69 49, E-Mail: dominique.gruhl-begin@innosuisse.ch
- Yves Flückiger, Präsident Akademien der Wissenschaften Schweiz (a+),
Tel.: +41 31 306 92 20, E-Mail: yves.flueckiger@unige.ch